

*Manuel Seitenbecher*

## **„Revolution in verträglicher Dosis“. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) während der 68er-Jahre an der FU Berlin\***

Die Protagonisten der 68er-Bewegung wurden gemeinhin von kritisch gesinnten Politikern und Journalisten mit dem Etikett der „kleinen, radikalen Minderheit“ belegt – eine Bezeichnung, die daraufhin von den Aktivisten in ironischer Selbststilisierung übernommen wurde. Wenn auch im Kern überspitzt, so war diese Bezeichnung, bezogen auf das quantitative Verhältnis der Bewegung zur Gesamtbevölkerung, keineswegs so unzutreffend. Sogar an den deutschen Hochschulen, nach der zeitgenössischen Rede von der Studentenbewegung die vermeintlichen Bastionen der Bewegung, konnten sich die Aktivisten einer mehrheitlichen Gefolgschaft nicht sicher sein. So votierten im Mai 1967 selbst an der FU Berlin zwar 46,1 % der Studentenschaft bei einer Urabstimmung in Zusammenhang mit Disziplinarverfahren für den Kurs des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und des amtierenden AStA, der die Abstimmung zugleich mit einer Vertrauensfrage über seine Arbeit verbunden hatte, 43,3 % der 10.173 teilnehmenden Studenten stimmten jedoch dagegen.<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, dass sich die auf 1968 bezogene zeitgeschichtliche Forschung bisher fast überhaupt nicht mit den gegenüber der Neuen Linken kritisch eingestellten Studenten und Verbänden beschäftigte. Insbesondere der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) wurde bisher maximal als „ein ‚etablierter‘ Faktor in der Hochschulpolitik [...] zur Kenntnis genommen.“<sup>2</sup> Generell existieren jenseits von verklärenden Festschriften oder polemischen Anklagen politischer Gegner kaum wissenschaftliche Darstellungen über den RCDS.<sup>3</sup> Diese Lücke zu schließen erscheint umso notwendiger, als der den Unionsparteien nahestehende Studentenverband in den 1960er-Jahren mit dem SDS um das Prestige des mitgliederstärksten politischen

---

\* Erstmals in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/2010, S. 505-526. Die Seitenumbrüche des Originals sind in hier in spitzen Klammern an der jeweiligen Stelle markiert.

<sup>1</sup> Hinzu kommen ca. zehn Prozent ungültige Stimmen, welche ebenfalls überwiegend von einer Ablehnung des SDS zeugen, da sie auf eine Kampagne der Korporierten zurückgehen. Hintergrund des Disziplinarverfahrens gegen Rudi Dutschke und weitere Studenten war ein vorangegangenes sit-in an der FU Berlin. Vgl. Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Bonn 2008, S. 157ff.

<sup>2</sup> So bereits die Klage bei: Johannes Weberling, Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945-1986, Freiburg i. Br. 1990. Eine Ausnahme bei der Untersuchung konservativer Studentenverbände ist: Olaf Bartz, Konservative Studenten und die Studentenbewegung. Die „Kölner Studenten-Union“ (KSU), in: Westfälische Forschungen 48/1998, S. 241-256.

<sup>3</sup> Selbst Weberlings oben genannte Dissertationsschrift, welche nach wie vor die umfangreichste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem RCDS darstellt, hat einen subjektiven Hintergrund: Der Autor war von 1981-1983 Bundesvorsitzender des RCDS.

Hochschulverbandes konkurrierte. Auch gibt es wiederholt Fremd- und Selbststilisierungen von Akteuren des RCDS als die „alternativen 68er“, die zwar eine Nähe zur damaligen Bewegung suggerieren, jedoch nicht näher auf die Positionierung des RCDS um 1968 eingehen.<sup>4</sup> Im Folgenden soll deshalb an Hand der Hochschulgruppe des RCDS an der FU Berlin den Fragen nachgegangen werden, wie dieser Studentenverband zur Zeit der 68er-Bewegung agierte und reagierte, inwiefern man sich von den Aktionen des SDS und dessen Sympathisanten distanzierte oder sich mit ihnen solidarisierte, und, mittels der komparativen Rückbindung an die zeitgenössischen Bundesdelegiertenversammlungen und Stellungnahmen aus dem Bundesvorstand, welche Rückschlüsse jene RCDS-Gruppierung für den Gesamtverband erlauben.<sup>5</sup>

### **Der lange Weg zum 2. Juni 1967 – Polarisierung und Politisierung der Studenten**

Auch wenn die Jahre 1967/68 zweifellos den Höhepunkt der Mobilisierung der Aktivisten sowie der medialen Aufmerksamkeit darstellen, lassen sich die der Studentenbewegung zugrunde liegenden Themen und Strukturen nahezu komplett in die vorangegangenen Jahre zurückverfolgen. Analog der französischen Rede von „les années soixante-huit“ soll daher im Folgenden unter der Chiffre 1968 der Prozess der „68er Jahre“ verstanden werden.<sup>6</sup> Insbesondere in West-Berlin war früh eine zunehmende Politisierung und Radikalisierung von Studenten zu verzeichnen. Dies <506> und die Tatsache, dass in der Bundesrepublik und Berlin der RCDS an der FU im April 1967 mit 103 Mitgliedern zahlenmäßig die zweitgrößte Gruppe nach jener der Pädagogischen Hochschule Vechta war, rechtfertigen die exemplarische Konzentration auf die Gruppierung an der FU.<sup>7</sup>

Zu beachten ist, dass es sich beim RCDS um eine Organisation einzelner Hochschulgruppen handelte, über die Einzelpersonen nur indirekt Mitglieder des Bundesverbandes war. Viele Gruppen beharrten daher auf ihrer Autonomie. Dies erschwerte nicht

---

<sup>4</sup> Selbstbezeichnung von Gerd Langguth, Bundesvorsitzender des RCDS von 1970-1974. Abgesehen von der Feststellung, dass seinerzeit die „Republik mit Frischluft versorgt [wurde]“ und einer konstatierten generellen „Aufbruchsstimmung“ fehlt es jedoch an Präzisierungen, was er unter diesem Begriff versteht. Vgl. Jeder ist Sieger, in: Rheinischer Merkur, Nr. 1/2008, S. 8. Ähnlich äußerte sich auch Peter Radunski, siehe Doris Köpf, Was aus den 68ern geworden ist, in: Focus, Nr. 36 vom 2.9.1996, S. 74.

<sup>5</sup> Die Quellengrundlage hierfür bildet vor allem der Bestand des an der FU Berlin angesiedelten Archivs „APO und soziale Bewegungen“ (APO-Archiv), das u.a. die Sammlung Jürgen-Bernd Runge, RCDS-Mitglied während der 68er Jahre und Vorsitzender der FU-Hochschulgruppe 1967/68, enthält. Alle folgenden Angaben zum APO-Archiv beziehen sich auf den „Bestand RCDS“.

<sup>6</sup> Auf die Bundesrepublik übertragen wurde der Begriff zuerst bei Michael Schmidtke, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 2003, S. 12ff.

<sup>7</sup> Bundesweit verzeichnete der RCDS zu diesem Zeitpunkt ca. 2100 Mitglieder in 57 Gruppen. Der Zulauf an der FU Berlin war demnach außergewöhnlich hoch. Vgl. RCDS-Brief, Nr. 1, April 1967, S. 1, in: APO-Archiv, Sign. 982.

nur ein geschlossenes Auftreten des RCDS in der Öffentlichkeit, sondern verhinderte auch zentral gesteuerte Aktionen.<sup>8</sup> Zudem ist der Ring Christlich-Demokratischer Studenten bis heute keine Gliederung der CDU/CSU, sondern beruft sich auf seine Eigenständigkeit. Dem eigenen Selbstverständnis nach vertrat er aber auch während der 68er Jahre „die Grundsätze der Politik der CDU innerhalb der Universität“.<sup>9</sup> Auch in diesem Punkt konnte die Autonomie des Ringes zum Nachteil gereichen, da die Union zu keiner finanziellen oder organisatorischen Unterstützung verpflichtet war bzw. diese bei unliebsamer Kritik aus den Reihen des RCDS kürzen oder entziehen konnte. So konstatierte der Bundesvorsitzende Wulf Schönbohm schon zu Beginn des Jahres 1967, „dass der RCDS generell ein von der Partei wenig beachtetes und ernst genommenes Leben fristet, dessen Existenz man sich dann erinnert, wenn die ‚Linken‘ sich wieder einen politischen Eklat geleistet haben oder der RCDS etwas unternommen hat, was mit den politischen Vorstellungen der Partei nicht übereinstimmt.“ Schönbohm warb deshalb „um Toleranz und Großzügigkeit was den politischen Spielraum, aber auch [...] die finanziellen Mittel angeht“, um zugleich anzufügen: „Die Zukunft unseres Verbandes ist untrennbar mit der Zukunft der CDU verbunden.“<sup>10</sup>

Die Scheidemarke zur Einleitung der 68er Jahre in der studentischen Selbstverwaltung der FU Berlin und damit auch in der Geschichte des RCDS markiert der 30. Januar 1963 mit der Wahl des späteren Regierenden Bürgermeister Berlins Eberhard Diepgen zum AStA-Vorsitzenden. In einer studentischen Urabstimmung wenige Tage später wurde Diepgen wegen seiner gleichzeitigen Mitgliedschaft in einer Burschenschaft mit 70,8 Prozent der Stimmen wieder abgewählt.<sup>11</sup> Mit Diepgens Abwahl endete zugleich <507> die Phase, in der der AStA-Vorsitzende an der FU regelmäßig vom RCDS gestellt wurde. In der Folgezeit sah sich die Hochschulgruppe gegenüber linken Verbänden wie dem SDS und dem SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), welche sich mit der Höchs-

---

<sup>8</sup> Erst bei den Aktionen für die Notstandsgesetzgebung im Mai 1968 änderte sich dies.

<sup>9</sup> Satzung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten an der Freien Universität Berlin e.V., ca. 1966, in: APO-Archiv, Sign. 984. Zudem war der Bundesvorsitzende des RCDS automatisch Mitglied im Kulturarbeitskreis der CDU. Anfang 1966 besaßen jedoch weniger als die Hälfte der Mitglieder ein Parteibuch der CDU/CSU. Vgl. RCDS-Brief, Nr. 4, Mai 1966, S. 20.

<sup>10</sup> Rede des neuen Bundesvorsitzenden Wulf Schönbohm auf der 17. ord. DV in Heidelberg, in: RCDS-Brief Nr. 1, April 1967, S. 7 u. 10, in: APO-Archiv, Sign. 982.

<sup>11</sup> Vgl. Fichter/Lönnendonker, SDS, S. 127f; Weberling, RCDS, S. 105. Diepgen wurde vorgeworfen, dass er neben seiner RCDS-Mitgliedschaft auch in der schlagenden Burschenschaft Saravia organisiert war. Burschenschaften war es laut Satzung der Freien Universität untersagt, eigenständig am politischen Geschehen an der Uni teilzunehmen. Diepgens Wahl zum AStA-Vorsitzenden wurde deshalb als Affront gegen das Gründungstatut der Uni betrachtet.

ter Vereinbarung vom 30. Mai 1964 zur ausschließlichen Zusammenarbeit untereinander verpflichtet hatten, immer mehr in die Defensive gedrängt.

Wie ihre linken Kontrahenten nahmen auch die Studenten des RCDS bereits in den frühen 60er Jahren die Reformbedürftigkeit der Hochschulen wahr. Schon 1961 erschien die Broschüre „Gedanken zur Hochschulreform“, 1963 folgte eine zweite, aktualisierte Auflage. Die 15. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung (BDV) im Jahr 1965 stand programmatisch unter dem Thema „Bildung als politische Aufgabe“. Und in Berlin lud der RCDS gemeinsam mit der CDU Studenten aller Gruppen und Professoren zum Seminar „Demokratie und Hochschule“ am 9. Juli 1966 ins Berliner Rathaus.<sup>12</sup> Keineswegs handelte es sich bei den Hochschulreformen also um ein den linken Verbänden vorbehaltenes Thema, noch ließ sich der RCDS dieses erst von anderer Seite aufdrängen – was freilich nicht verwunderlich ist, verstand er sich doch vor allem als ein den Hochschulfragen zugewandter Verband und lehnte ein allgemeines politisches Mandat ab.

An der FU nahm derweil die Politisierung der Studentenschaft zu. Nachdem der Rektor der FU Herbert Lüers sich geweigert hatte, das Auditorium Maximum für eine vom AStA organisierte Podiumsdiskussion mit dem Schriftsteller Erich Kuby am 7. Mai 1965 zur Verfügung zu stellen, organisierte der SDS wenige Tage später den ersten Vorlesungsstreik in der Geschichte der FU am Otto-Suhr-Institut.<sup>13</sup> Der RCDS nahm zu dem Vorfall zunächst ein ambivalentes Verhältnis ein. Einerseits hielt er „das Verhalten des Rektors in der Kubyangelegenheit für unglücklich“, andererseits gestand er diesem aber sein Hausrecht zu und fragte, „mit welchem Recht der AStA eine alleinige Kompetenz für die Studentenschaft der FU zur Auswahl von Rednern in den Räumen der FU fordert“.<sup>14</sup> Letztlich unterstützte er allerdings doch das Vorgehen des SDS, weil er in der Begründung des Rektors eine Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit erkannte, und unterzeichnete gemeinsam mit den Höchster Verbänden eine Erklärung, in der man „eine <508> FREIE Universität“ einforderte.<sup>15</sup> Traten SDS und RCDS hier noch

---

<sup>12</sup> Wegen der Relevanz wurde das Seminar am 22.10. des gleichen Jahres mit den für den Hochschulbereich zuständigen Politikern der CDU wiederholt. Vgl. Programm „Hochschule und Demokratie“, Juli 1966; internes Rundschreiben des RCDS-FU vom 6.7.1966, beides in: APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>13</sup> Kuby hatte die FU nach Meinung des Rektors in einer Rede vom Juni 1958 „in herabsetzender Weise“ mit der Humboldt-Universität in Verbindung gebracht und sie als „unfrei“ bezeichnet. Die Veranstaltung fand letztlich an der TU Berlin statt. Vgl. Fichter/Lönnendonker, SDS, S. 135f.

<sup>14</sup> Flugblatt Protestieren – Protest. Pro oder Contra Rektor?, Mai 1965, in: APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1985.

<sup>15</sup> Weiter hieß es, dass das Redeverbot für Kuby „dem Wort ‚frei‘ in dem Namen unserer Universität Hohn“ spreche. Flugblatt Freie (???) Universität, Mai 1965, ebenda. Dementsprechend trifft es auch nicht zu, dass der RCDS sich „schweigend“ zu dem Vorfall verhielt, wie Fichter/Lönnendonker behaupten: dies., SDS, S. 136.

mit einer gemeinsamen Stellungnahme an die Öffentlichkeit, verhärteten sich die Fronten zwischen den Verbänden noch im Laufe des gleichen Semesters. Als die vom SDS protegierten AStA-Vorstände Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow im August 1965 die Resolution „Frieden für Vietnam“ des „Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin“ unterschrieben, empörte sich neben der Berliner Presse auch der RCDS. Wegen der Nähe der Organisation zur SED forderte er den Rücktritt des AStA.<sup>16</sup>

Die Distanz zum SDS und dem linken AStA blieb auch in der Folgezeit bestehen. Am 22. Juni 1966 war es vor dem Hintergrund der geplanten Einführung befristeter Immatrikulationen an der Juristischen und Medizinischen Fakultät der FU zu einem spektakulären Bündnis zwischen den linken Studentenverbänden und den Korporationsstudenten gekommen. Im ersten sit-in an einer deutschen Universität lehnten beide Lager die Pläne des Akademischen Senats ab und wandten sich gegen die Verweigerung einer Urabstimmung zur Zwangsexmatrikulation. In einer gemeinsamen Resolution hieß es, dass man nicht nur um das Recht auf längere Studienzeit kämpfe, sondern auch für den „Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheiten in allen gesellschaftlichen Bereichen.“<sup>17</sup> Der RCDS dagegen hatte den Aufruf gegen die Zwangsexmatrikulation zwar zunächst auch unterstützt, da die Pläne nur das „Herumlaborieren an Symptomen“ statt einer umfassenden Studienreform darstellten und sowohl der „Forderung nach einem ‚studium generale‘“ als auch der „satzungsmäßig gewünschte[n] studentische[n] Mit- und Selbstverwaltung“ widersprächen. Doch noch vor der Verkündung der Resolution wich der RCDS von dem Bündnis ab, da er sich weder mit dem Vorgehen identifizierte noch mit der Forderung nach einer Urabstimmung und der grundsätzlichen Ablehnung einer Studienzeitbegrenzung. Diese Postulate würden vielmehr beweisen, „dass es dem AStA und der Mehrheit des Konvents nicht um die Sache, sondern um die Entfaltung einer Massenpsychose unter den Studenten geht.“<sup>18</sup> Der Zusammenarbeit mit den Korporierten schadete diese Dissonanz jedoch zunächst nicht. In einem internen Pa-

---

<sup>16</sup> Vgl. Flugblatt Scheiterhaufen Brief Nr. 12, 13.10.1965, in: APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986. Der AStA wurde daraufhin am 26.10.1965 mit den Stimmen des SHB, deren Mutterpartei die Unterzeichnung ebenfalls scharf kritisierte, tatsächlich gestürzt und durch einen vom SHB geführten AStA ersetzt.

<sup>17</sup> Zit. nach Fichter/Lönnendonker, SDS, S. 152.

<sup>18</sup> Flugblatt: Wie lange noch Herr Nevermann, 22.6.1966, in: APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986.

pier zum Wahlkampf Ende 1966 wurde die „verdeckte Zusammenarbeit mit den Verbindungen“ als Selbstverständlichkeit angesehen.<sup>19</sup> <509>

In der Haltung zum Vietnamkrieg sollte künftig die Diskrepanz zwischen der studentischen Neuen Linken und dem RCDS besonders deutlich werden. Denn während der SDS seine Agitation gegen das amerikanische Engagement in Vietnam im Laufe des Jahres 1965 immer mehr intensivierte, gründete der RCDS-Bundesvorstand am 2. Januar 1966 einen „Aktionsausschuss Frieden und Freiheit in Südvietnam“. Als Begründung führte man an, „dass der Krieg der Amerikaner in Vietnam notwendig ist, um in Südvietnam die Entwicklung zur Freiheit und die Chance zur Freiheit zu ermöglichen.“<sup>20</sup> Weiter verfolgte man mit dem Ausschuss das Ziel, „dem südvietnamesischen Volk durch Spenden und Ausbildungsbeihilfen zu helfen“ – während der SDS später für die nordvietnamesische FNL sammelte.<sup>21</sup> Auch auf Grund der mangelnden Unterstützung seitens der CDU blieb die Arbeit des Aktionsausschusses aber ohne größere Resonanz.

Das Engagement des RCDS in Sachen Vietnam beschränkte sich jedoch keineswegs auf den Aktionsausschuss. Als mehrere Verbände um den SDS Anfang Dezember 1966 eine Vietnam-Woche mit Kundgebungen und Seminaren veranstalteten, lud der RCDS für den 6. Dezember zu einem Diskussionsabend mit dem Botschafter der Republik Vietnam an die FU ein. Mit der Veranstaltung unter dem Titel „Vietnam – Land zwischen Krieg und Frieden“ wollte man „eine Alternative zur einseitigen Vietnam-Propaganda des SDS und seiner Mitläufer bieten.“<sup>22</sup> Die Diskussion verkam jedoch eher zu einer eindrucksvollen Demonstration des Aktivismus und der Mobilisierungskraft des SDS und SHB, die die große Mehrheit der Teilnehmer bildeten, auf die „Märchen“ des Botschafters mit Resolutionen und Preisungen Ho Tschu-Minhs reagierten und so den geplanten Ablauf der Veranstaltung massiv störten, woraufhin der Botschafter diese abbrach.<sup>23</sup>

---

<sup>19</sup> Wahlkampf 1966, in: APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>20</sup> Rechenschaftsbericht des BV Gert Hammer auf der 16. ord. Bundesdelegiertenversammlung des RCDS in Mainz vom 8.-12. März 1966, S. 25, in: APO-Archiv, Sign. 983.

<sup>21</sup> Protokoll der 16. ord. BDV, S. 6, ebenda. Die autonomen Hochschulgruppen fühlten sich vom Bundesvorstand bei der Gründung des Aktionsausschusses schlicht übergangen und stimmten auf der 16. BDV erst nach langer Diskussion der Gründung des Ausschuss wie auch seiner weiteren Arbeit zu. Die inhaltliche Ausrichtung stand dabei freilich nicht zur Debatte.

<sup>22</sup> Flugblatt RCDS-Brief 13/66, Dezember 1966, in: APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>23</sup> Siehe die Stellungnahmen von SDS und RCDS: Rainer Langhans, Was hier in Berlin los war – für Zeitungsleser, in: Neue Kritik, Nr. 40/1967, S. 48; Flugblatt RCDS-Brief Nr. 14/66, Dezember 1966, in: APO-Archiv, Sign. 984. Trotzdem betrachtete der Berliner RCDS die Veranstaltung als Erfolg, da man endlich wieder von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen worden sei. Bericht über den Konventswahlkampf 1966 an der Freien Universität, Januar 1967, S. 3, ebenda.

Von einer opportunistischen Linie geprägt war das Verhältnis des RCDS zur Großen Koalition. Noch auf der 16. ordentlichen BDV im März 1966 hatte man die Bildung einer solchen Koalition eindeutig abgelehnt. Zwar spielten hier auch Ressentiments gegenüber der SPD eine Rolle, doch zugleich betonte man, dass Große Koalitionen „tatsächlich[en] Notzeiten“ vorbehalten sein müssten und auch den Oppositionsparteien in einer parlamentarischen Demokratie eine wichtige und einflussreiche Rolle zukomme.<sup>24</sup> Und auch <510> kurz nach der Konstituierung der Großen Koalition äußerte der spätere Bundesvorsitzende des RCDS, Wulf Schönbohm, große Skepsis gegenüber der neuen Konstellation. Eine parlamentarische Opposition würde kaum noch existieren: „Das böse Wort von dem Bundestag als Akklamationsorgan erhält jetzt seine Daseinsberechtigung.“ Demonstrationen gegen die Große Koalition bezeichnete Schönbohm trotz aller Bedenken jedoch als „ineffektiv und ein reines Showgeschäft.“<sup>25</sup> In einer Presseerklärung des RCDS zum Kongress „Demokratie vor dem Notstand“ hieß es dementsprechend, dieser habe bei den „Veranstaltern einen Notstand der demokratischen Einstellung gezeigt.“<sup>26</sup> Auf der 17. ordentlichen BDV im März 1967 erklärten die Delegierten unter dem Vorsitz von Schönbohm dagegen, dass eine Große Koalition ihres Erachtens nach zwar „dem Wesen einer parlamentarischen Demokratie [...] widerspricht.“<sup>27</sup> Aufgrund innenpolitischer Herausforderungen wie der Schaffung eines Notstands- sowie eines Mehrheitswahlrechts und notwendiger klarer Entscheidungen in der Finanzpolitik sei jedoch die bestehende zeitlich begrenzte Koalition zwischen CDU/CSU und SPD zu befürworten.

Die Notstandsgesetzgebung sah man, konträr zur APO und den linken Studentenverbänden, als unabdingbar an. Einen möglichen Verzicht einer solchen Regelung deutete er als „Rückfall in das Besatzungsstatut ohne demokratische Kontrolle durch die verfassungsmäßigen deutschen Organe“, wodurch „die Demokratie in der BRD in Frage“ gestellt würde. Allerdings müsse bei der Gesetzesentstehung verhindert werden, „dass

---

<sup>24</sup> Beschlüsse der 16. ord. BDV des RCDS, S. 13f, in: APO-Archiv, Sign. 983.

<sup>25</sup> Wulf Schönbohm, Große Skepsis gegenüber der Großen Koalition, in: RCDS-Brief, Nr. 8, Dezember 1966, S. 1-5, in: APO-Archiv, Sign. 982. Allerdings spielten auch hier parteipolitische Bedenken eine Rolle. Schönbohm befürchtete nicht nur, dass von einer Großen Koalition FDP und SPD profitieren würden, sondern auch, dass diese „die oppositionellen außerparlamentarischen Kräfte stärken und uns vielleicht sogar eine Neuauflage der USPD bescheren wird.“ Im Sinne einer grundlegenden Parteireform und -regeneration hätten die Unionsparteien stattdessen besser in die Opposition gehen sollen.

<sup>26</sup> Presseerklärung zum „Notstand der Demokratie“, ca. November 1966, ebenda.

<sup>27</sup> 17. ord. BDV vom 16.-20. März 1967 in Heidelberg, Allgemeine politische Beschlüsse, S. 3, in: APO-Archiv, Sign. 983. Der RCDS-FU hatte sogar einen weniger differenzierten Antrag eingebracht, in dem es schlicht hieß: „Der RCDS begrüßt die Bildung der Großen Koalition aus außen- und innenpolitischen Gründen.“ Vorlage Kempe, Große Koalition, in: APO-Archiv, Sign. 984.

diese Notstandsgesetzgebung selbst eine Gefahr für die Demokratie darstellt.“<sup>28</sup> In einem anderen Kernanliegen teilte man dagegen die Auffassung der sich zur Außerparlamentarischen Opposition zählenden Studenten. Noch bevor in deren Umfeld die Anti-Springer-Kampagne als solche offiziell benannt wurde, betrachte auch der RCDS die freie Meinungsbildung durch die Pressekonzentration als bedroht. Namentlich nannte er Axel Springer und dessen Verlag, wobei als Beleg die durchaus umstrittenen, weil undifferenzierten Auflagezahlen Springers von der APO übernommen wurden. Als Konsequenz forderte der RCDS die Bundestagsfraktion der CDU/CSU auf, ein Gesetz gegen die Konzentration im Presse- und Verlagswesen im Bundestag einzubringen.<sup>29</sup>

Doch auch wenn teilweise Übereinstimmungen in der Problemwahrnehmung zwischen dem RCDS und den Studenten um den SDS vorlagen, bedeutete dies keineswegs eine Kooperation zwischen den beiden Fraktionen. In der Radikalität und revolutionären Ausrichtung der linken Verbände sah man einhellig ein unüberwindbares Hindernis für eine Zusammenarbeit: „Die linken Studentenverbände wollen die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik umstürzen und nur einzelne, zumeist untergeordnete, Dinge beibehalten; wir wollen die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik beibehalten und nur einzelne, wenn auch oftmals sehr wichtige, Dinge ändern.“<sup>30</sup> Ausgedrückt wurde diese Haltung fortan in der Parole „Evolution statt Revolution“. Nicht der Umsturz, sondern die Reform, die so bezeichnete „Revolution in verträglicher Dosis“, müssten das Ziel sein.<sup>31</sup> Während Rudi Dutschke die „tiefe subjektive Auflehnung gegen die existierende Gesellschaftsordnung“ forderte,<sup>32</sup> blieb für den RCDS „die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik das vorderrangig zu schützende Rechtsgut“.<sup>33</sup> Diese sah man durch die Aktivitäten des SDS, aber auch durch die Wahlerfolge der NPD als bedroht an; beide würden sich zwar „nach außen hin verbal zur Demo-

---

<sup>28</sup> Nachtrag zu den Beschlüssen der 17. ord. BDV, S. 1, in: APO-Archiv, Sign. 983.

<sup>29</sup> Vgl. 17. ord. BDV vom 16.-20. März 1967 in Heidelberg, Allgemeine politische Beschlüsse, S. 2, in: APO-Archiv, Sign. 983. Zur Entstehung und Geschichte der Anti-Springer-Kampagne und der Debatte um die Pressekonzentration: Manuel Seitenbecher, Den deutschen „Cäsar“ bezwingen. Die 1960er und die Kampagne gegen Springer, Marburg 2008.

<sup>30</sup> Erich Röper, Zur RCDS-Arbeit, in: RCDS-Brief Nr. 2, Juni 1967, S. 3, in: APO-Archiv, Sign. 982.

<sup>31</sup> Wulf Schönbohm/Jürgen-Bernd Runge/Peter Radunski, Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968, S. 109. Das Schlagwort „Evolution statt Revolution“ findet man in den Jahren 1967/68 in nahezu allen programmatischen Schriften des RCDS.

<sup>32</sup> R.S. (Synonym Dutschkes), Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung, in: Oberbaum Blatt, Nr. 5, 12. Juli 1967, S. 4.

<sup>33</sup> Nachtrag zu den Beschlüssen der 17. ord. BDV, S. 1, in: APO-Archiv, Sign. 983.

kratie bekennen, sie inhaltlich aber ablehnen.<sup>34</sup> Auch das provokative Auftreten der sich als antiautoritär verstehenden Studenten verurteilte man seitens des RCDS. An die Stelle „politischer Reflektion und Diskussion“ würden diese nur noch „die spektakuläre Demonstration und Provokation setzen“ und so alle berechtigten studentischen Forderungen diskreditieren.<sup>35</sup>

Seinem Selbstverständnis nach war der RCDS mittlerweile die „einzige politische Gruppe, die in klarer Abgrenzung und Frontstellung zu den ‚Linken‘“ stand <512> und diesen damit noch Einhalt gebieten konnte.<sup>36</sup> Um diese Erkenntnis auch in der Studentenschaft zu verbreiten, sah man durchaus die Notwendigkeit, sich mit dem SDS auseinanderzusetzen. Denn entgegen seinem exponierten Anspruches hatte der RCDS an der FU bei den Konventswahlen im Wintersemester 1966/67 lediglich fünf Sitze erringen können – und damit noch einen weniger als im Vorjahr. Ein erstes Ergebnis war die Einsetzung jeweils eines Referenten für Außen- und Innenpolitik, da man sich eingestand, „dass der RCDS Berlin über diese Themen entweder überhaupt nichts zu sagen weiß oder sich im Schnellverfahren eine Meinung zurechtzimmert, die einer eingehenden Prüfung nicht standhalten kann.“<sup>37</sup> Aus der Gruppe der Referenten formierte sich der Politische Beirat, der sich sowohl mit den Theorien der politischen Gegner beschäftigen als auch eigene Konzeptionen zu einzelnen gesellschaftlichen Themen entwickeln sollte. Im März 1968 übernahm der Bundesverband das Modell des Beirats, dessen Zweck nun vor allem die Ausarbeitung eines gesamtgesellschaftlichen Konzepts des RCDS sein sollte. Unter dem Druck der Politisierung der Studentenschaft entfernte man sich somit vom alleinigen Primat der Hochschulpolitik, auch wenn man ein allgemeinpolitisches Mandat der Studentenschaft nach wie vor ablehnte.

Auf der nächsten BDV im März 1967 kam dies in einer deutlichen Zunahme von Anträgen und Beschlüssen jenseits der Hochschulpolitik zum Ausdruck. Für Aufsehen sorgte vor allem der mit großer Mehrheit angenommene Beschluss, als wesentliches Mittel der Deutschlandpolitik künftig „Kontakte auf allen Ebenen“ zwischen der Bundesre-

---

<sup>34</sup> 17. ord. BDV, Allgemeine politische Beschlüsse, S. 1, ebenda. Dem SDS zufolge war die Demokratisierung der Gesellschaft erst nach der Überwindung der bestehenden Ordnung, der vermeintlichen Formaldemokratie, möglich.

<sup>35</sup> Rede des neuen Bundesvorsitzenden Wulf Schönbohm auf der 17. ord. DV in Heidelberg, S. 9. Vgl. auch Jörg Herrmann, Zum neuen Semester, in: RCDS-Notizen Nr. 1, Mai 1965, S. 4, beide in: APO-Archiv, Sign. 984 u. 982; Jürgen-Bernd Runge, Hier ist der Wortlaut. RCDS-Stellungnahme, in: FU-Spiegel, Nr. 56, Februar 1967, S. 20.

<sup>36</sup> Runge, Wortlautreste, in: FU-Spiegel Nr. 57, Mai 1967, S. 21.

<sup>37</sup> Brief Martin Kempe vom 2.1.1967, Reformvorschläge für den Landesverband des RCDS Berlin, in: APO-Archiv, Sign. 984.

publik und der DDR anzusehen.<sup>38</sup> Eine juristische Anerkennung der DDR schloss man jedoch weiter aus, da sie das vorderrangige Ziel der Wiedervereinigung erschweren würde. Letztere hielt man jedoch nur durch eine innerdeutsche Gesprächsbereitschaft für realisierbar. Trotzdem wurde der Studentenverband in der Presse bezichtigt, „einen ausgesprochenen Linksrutsch durch[zumachen]“.<sup>39</sup> <513> Zumindest gab der Ring mit der Forderung nach innerdeutschen Kontakten eine seiner Grundpositionen auf, hatte man diese bislang doch als Gefährdung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik angesehen.<sup>40</sup>

Der RCDS positionierte sich mittlerweile auch durchaus kritischer gegenüber Autoritäten – sogar gegenüber den Unionsparteien. Schon Ende des Jahres 1966 hatte der RCDS der FU die Universitätsleitung scharf angegriffen. Erst deren verantwortungslose Politik in Sachen Veranstaltungsverbot und Zwangsexmatrikulation habe die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die linksradikalen Kräfte vermehrt Rückhalt innerhalb der Studentenschaft gewannen.<sup>41</sup> Analog dazu warf man auch dem Berliner Abgeordnetenhaus vor, durch eine in Erwägung gezogene Sperrung der Zuschüsse für den *FU-Spiegel*, die Zeitschrift des AStA der FU, „aus der momentan kleinen Minderheit wahrscheinlich einen Einheitsblock gegen sich [zu] schaffen.“<sup>42</sup> Die „Verniedlichung studentischer For-

---

<sup>38</sup> 17. ord. BDV, Allgemeine politische Beschlüsse, S. 6-9, in: APO-Archiv, Sign. 983. Subsumiert wurden darunter sowohl Gespräche auf Ministerebene als auch zwischen dem RCDS und der FDJ, was letztlich nichts anderes als die Übernahme der bereits seit 1964 vertretenden Position des SDS bedeutete. Weitere beachtliche Vorkommnisse waren die Weigerung der BDV, Notstandsgegner und Ostermarschierer per se aus dem RCDS auszuschließen, sowie die Befürwortung der Zulassung einer verfassungskonformen kommunistischen Partei zwecks einer besseren „offenen und sachlichen Auseinandersetzung mit linksradikalen politischen Organisationen und entsprechendem Gedankengut.“ Nachtrag zu den Beschlüssen der 17. ord. BDV, S. 2, ebenda.

<sup>39</sup> Klaus Hagen, Rutsch nach links. Die Bundesdelegiertenversammlung des RCDS, in: Frontal, Nr. 41, 5/1967, S. S. 19. Für den RCDS dagegen stellten die Beschlüsse keinen Linksrutsch dar, sondern bestätigten seine „progressive, an der demokratischen Gesellschaft orientierte Politik“. Erich Röper, Vollzog der RCDS einen Linksrutsch?, in: RCDS-Brief Nr. 1, April 1967, S. 4, in: APO-Archiv, Sign. 982.

<sup>40</sup> Auf eine Einladung des SDS zu einem Podiumsgespräch mit Vertretern der FDJ über die Perspektive der Wiedervereinigung hatte der RCDS 1964 noch mit einer klaren Absage reagiert: „Der RCDS hält es für wenig Gewinn bringend, mit offiziellen Vertretern der FDJ zu diskutieren.“ Brief des RCDS Hamburg an den SDS vom 5.2.1964, in: Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Sammlung J. Klein: SDS Hamburg 1963-1968.

<sup>41</sup> Vgl. Zur Lage an der Freien Universität, WS 1966/67, APO-Archiv, Sign. 984. Allerdings ist dies auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass der RCDS im Zuge der Radikalisierung der Studentenschaft selbst nicht vor Repressalien gefeit war. So musste eine für den 10.2.1966 geplante Vietnam-Veranstaltung an der FU abgesagt werden. Die als Reaktion gedachte Veranstaltung auf die vorangegangene Demonstration linker Studentenverbände vor dem Amerikahaus zählte der amtierende Rektor Lieber zu den Veranstaltungen, „bei denen Ordnung und Ruhe an der Universität gefährdet“ seien und „Sach- und Personenschäden befürchtet werden“ müssten und für die er keine Räume mehr an der FU zur Verfügung stelle. Zit. nach: RCDS-Brief, Nr. 4, Mai 1966, S. 23, APO-Archiv, Sign. 982.

<sup>42</sup> Presseerklärung des RCDS, 12.1.1967, ebenda. Diese Erklärung ist umso bemerkenswerter, als dass der *FU-Spiegel* seit Jahren praktisch vollständig unter der Kontrolle des SDS und des SHB stand. Auch die in der Öffentlichkeit in Erwägung gezogene Aberkennung der Förderungsfähigkeit des SDS lehnte man mit Verweis auf die Meinungsfreiheit ab.

Manuel Seitenbecher, „Revolution in verträglicher Dosis“. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) während der 68er-Jahre an der FU Berlin

derungen“ durch alle Fraktionen würde diese Entwicklung nur weiter bestärken, „anti-studentisch zu sein wird wohlmöglich im kommenden Wahlkampf populär werden.“<sup>43</sup>

Über die allgemeine Kritik an den politisch Verantwortlichen, welche auch die CDU nicht verschonte, ging der RCDS in der Öffentlichkeit jedoch noch nicht hinaus. Ein zur BDV als Antrag eingebrachter offener Brief des RCDS Tübingen, in dem die CDU bezichtigt wurde, dass sie „zur parteiinternen Willensbildung nicht fähig“ und ihr „lange versäumte[r] Schritt zur Demokratie [...] wieder einmal aufgeschoben worden“ sei, wurde von den Delegierten noch abgelehnt.<sup>44</sup> Das Schlagwort der Demokratisierung hielt jedoch auch langsam in den RCDS Einzug. Der eigentliche „Linksrutsch“ stand aber zumindest dem RCDS an der FU noch bevor.<sup><514></sup>

## **Radikalisierungen nach dem 2. Juni 1967 und Richtungskämpfe**

Der 2. Juni 1967 mit dem Tod Benno Ohnesorgs war zweifellos der Eskalationspunkt und Katalysator der später so genannten 68er-Bewegung. Für die FU-Hochschulgruppe des RCDS sollte rückblickend betrachtet jedoch bereits der 24. April 1967 von einschneidender Bedeutung sein. An diesem Tag wurde Jürgen-Bernd Runge zum neuen Vorsitzenden des RCDS der FU gewählt; seine Anhänger besetzten weitere Vorstandspeditionen. Der Wahl vorausgegangen waren interne Streitereien über den Kurs der Hochschulgruppe. Runge, bis dahin Kulturreferent im Berliner RCDS und Mitglied des FU-Konvents, verstand sich als liberaler Reformier innerhalb des RCDS und grenzte sich gegen den konservativen Flügel ab. Durch seine Mitarbeit auf Bundesebene und seine Kontakte zum Bundesvorstand hatte er sich auch außerhalb der FU Berlin profiliert.<sup>45</sup>

Schon über den Besuch des US-amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey in West-Berlin im April 1967 gingen die Auffassungen der Lager innerhalb des RCDS-FU weit auseinander. In einem von der Fraktion um Runge entworfenen, jedoch letztlich nicht genehmigten Offenen Brief kritisierte man die in „übereifriger Weise“ dargebotene Solidarität der Berliner Politik mit der amerikanischen Vorgehensweise in Vietnam und

---

<sup>43</sup> Runge, Wortlaut, S. 20.

<sup>44</sup> Ein offener Brief des RCDS Tübingen. Antrag 49, in: APO-Archiv, Sign. 983.

<sup>45</sup> Auf der vorangegangenen BDV waren mehrere Beschlüsse auf Initiative Runges zustande gekommen, so u. a. die erwähnte Haltung zu den Notstandsgesetzen und die Stellungnahme zur Gefährdung der Demokratie durch links- und rechtsradikale Kräfte. Durch die Wahl Schönbohms zum Bundesvorsitzenden und Peter Radunskis zum Bundesgeschäftsführer verfügte er über gute Kontakte zum Bundesvorstand in Bonn, da beide von der FU kamen. Die fortwährende Zusammenarbeit drückte sich u. a. in einer Publikation über die Lage an den Hochschulen aus Sicht des RCDS aus: Schönbohm/ Runge/ Radunski, Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968. Eine programmatische Abstimmung des RCDS-FU mit dem BV erfolgte allerdings nicht.

verwehrte sich dagegen, „dass der vom amerikanischen Vizepräsidenten gebrauchte Vergleich der politischen Situation mit der Südvietnams im Abgeordnetenhaus ohne Entgegnung hingenommen wurde“.<sup>46</sup> Im offiziellen Flugblatt des Berliner RCDS warb man dagegen vor dem Hintergrund des vermeintlich geplanten Sprengstoffattentates der Kommune I gegen Humphrey um Unterstützung für den amerikanischen Vizepräsidenten, damit dieser „nicht ein falsches Bild von der Meinung der Berliner Bevölkerung und Studentenschaft mit nach Amerika nimmt.“<sup>47</sup>

Allerdings blieb der RCDS auch unter Runge seiner Distanzierung gegenüber den linken Verbänden um den SDS treu. In der eingangs erwähnten Urabstimmung an der FU im Mai 1967 rief der RCDS dazu auf, mit Ja und damit für die Disziplinarverfahren des Rektors gegen die Studenten um Dutschke zu stimmen. Im Widerspruch dazu verschwieg der Verband nicht, dass er das Vorgehen des Rektors nicht billigte. Ziel der Kampagne, die unter dem Motto „Nicht für den Rektor – GEGEN den AStA“ stand,<sup>48</sup> war es vielmehr, den amtierenden linken AStA zu stürzen, zugleich aber eine Unterschriftensammlung gegen die vom Rektor eingeleiteten Disziplinarverfahren durchzuführen.<sup>48</sup> Gemäß der gängigen Verbandslinie trat man für „einen gemäßigten AStA, der evolutiv und systemimmanent handelt“, ein.<sup>49</sup>

Die Ereignisse des 2. Juni 1967 bewirkten vorübergehend auch im RCDS eine studentische Solidarisierung über die ideologischen Grenzen hinweg. Zwar war in einem ersten Flugblattentwurf noch die Rede davon, dass Ohnesorg „das Opfer der systematischen Hetze mancher linken Studenten“ gewesen sei.<sup>50</sup> Nach Bekanntwerden des wahren Ablaufs erklärte sich der Bundesvorstand aber mit dem Aufruf des VDS und der übrigen Hochschulgruppen zu bundesweiten Protesten und Vorlesungstreiks solidarisch und kritisierte „das brutale Vorgehen von Angehörigen der Polizei, das den Tod von Benno Ohnesorg verursachte“, sowie das „polizeistaatliche, generelle Demonstrationsverbot“ – versehen jedoch mit der Einschränkung, „dass er die Provokationen einiger Demonstrationen“

---

<sup>46</sup> Entwurf: Offener Brief, April 1967, in: APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>47</sup> Flugblatt Liebe Berlinerinnen und Berliner!, April 1967, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986.

<sup>48</sup> Letztlich unterschied sich die Strategie des RCDS damit nicht von jener der Korporierten, die propagierten, mit Ja und Nein zugleich abzustimmen und somit sowohl gegen die Politik des AStA als auch die Maßnahmen des Rektors zu protestieren. Vgl. Hartmut Häussermann/Niels Kadritzke/Knut Nevermann (Hg.), Die Rebellen von Berlin. Studentenpolitik an der Freien Universität. Eine Dokumentation von Jens Hager, Köln/Berlin 1967, S. 118f.

<sup>49</sup> Runge, Wir wollen konsequente Reformen nicht für den Rektor, aber gegen den AStA, in: RCDS-Notizen Nr. 2, S. 4f., APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>50</sup> Flugblattentwurf vom 3.6.1967, in: APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986.

ten verurteilt, da sie eine Eskalation der Polizeimethoden heraufbeschworen haben.“<sup>51</sup> Während der Bundesvorstand des RCDS zumindest noch eine Mitschuld der Demonstranten attestierte, setzte die Gruppe an der FU in ihrer Stellungnahme andere Akzente. Die Äußerungen des Berliner Senats nach dem 2. Juni hätten der Bevölkerung „das Bild eines studentischen Mobs suggeriert, das den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht.“ Insbesondere die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Albertz, der sich vorbehaltlos hinter die Aktionen der Berliner Polizei gestellt hatte, wurde scharf angegriffen. Denn selbst wenn eine Mitschuld der Demonstranten vorliege, rechtfertige dies nicht den harten Einsatz der Polizei. Da sich auch die CDU der Erklärung von Albertz angeschlossen hatte, sparte man nicht mit Kritik an ihr. Als Oppositionspartei habe es die CDU versäumt, ihrer Pflicht nachzukommen, „echte parlamentarische Kontrollfunktion wahrzunehmen, und das Versagen des Regierenden Bürgermeisters sowie der für den Einsatz verantwortlichen Polizeibeamten sichtbar zu machen.“<sup>52</sup>

Bemerkenswert ist, dass dieser „Beschluss“ nicht auf die Initiative der Runge-Gruppe zurückging – sondern auf die der eigentlich viel konservativeren gegnerischen Fraktion <516> innerhalb des RCDS-FU. Die Solidarität zwischen Studenten nahezu jeglicher politischer Lager bestätigt einmal mehr, dass der tödliche Schuss auf Ohnesorg als Angriff auf die gesamte Studentenschaft gedeutet wurde, und erklärt die schnelle Radikalisierung und Mobilisierung der Bewegung nach dem 2. Juni.<sup>53</sup> Schon wenige Tage zuvor konstatierte man im RCDS-FU eine „anti-Studentenpsychose – von studentischen Extremisten provoziert und von der Kochstraße geschürt“.<sup>54</sup>

Noch während der Nachwehen des 2. Juni zeigte sich, dass die Runge-Gruppe Forderungen erhob, die den meisten RCDS-Mitgliedern zu weit gingen. Analog zur expandierenden Protestbewegung verlangte diese Fraktion nach den Vorkommnissen um den

---

<sup>51</sup> Presseerklärung des Bundesvorstands des RCDS vom 5.6.1967, APO-Archiv, Ordner Zentral 2, 1968-1985. Vgl. auch eine weitere Presseerklärung vom 5.6.1967, in: RCDS-Brief Nr. 2, Juni 1967, S. 30, APO-Archiv, Sign. 982.

<sup>52</sup> Beschluss des RCDS-FU auf der Mitgliederversammlung vom 5.6.1967, APO-Archiv, Sign. 984 sowie als Entwurf im Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986.

<sup>53</sup> Plakate wie „Heute Ohnesorg Morgen Wir“ waren nach dem 2. Juni genauso üblich wie Reden in der Art des SDS-Bundesvorstandsmitglieds Frank Wolff: „Die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg war [...] ein anonymer Mord, der sich gegen [...] den Berufsstand der Studenten insgesamt richtete.“ Dokumentation Ostereinsatz der Polizei, Anlage 8, Seite 6, Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Bestand SDS/HH, Ordner 48. Vgl. auch Michael Ruetz, 1968. Ein Zeitalter wird besichtigt, Frankfurt a. M. 1997, S. 46.

<sup>54</sup> Mit der Kochstraße ist der Axel Springer Verlag gemeint. Hintergrund war, dass am 29. Mai 1967 während einer Flugblattaktion des RCDS gegen Spendensammlungen des AStA für die nordvietnamesische FNL die Polizei sowohl Spendensammler aus dem Umfeld des SDS als auch Flugblattverteiler des RCDS festnahm. Schon hier war die Rede von „polizeistaatlichen Methoden“, die einen „um die verfassungsmäßige Ordnung in dieser Stadt fürchten“ ließen. Martin Kempe, Die Freiheit, die wir meinen, in: RCDS-Notizen, Nr. 3/1967, S. 6f., APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986.

Schah-Besuch den Rücktritt des „autoritären Bürgermeister“ Albertz sowie von Innensenator Büsch und Polizeipräsident Duensing. Die Mitgliederversammlung des RCDS-FU tadelte anschließend die Runge-Gruppe und somit auch den Vorstand für diese Forderungen.<sup>55</sup>

Vorrangiges Ziel der Runge-Gruppe war es nun, die entstandene Politisierung der Studentenschaft weiter zu fördern, zugleich aber „eine „Entschlackung der studentischen Argumentation von allen Radikalismen“ zu bewirken.<sup>56</sup> Die Grundlage hierfür sollte das im Juli vom RCDS eigens gegründete „Aktionskomitee 20. Konvent – Für eine FREIE Universität“ bilden, mit dem man im November die Wahlen zum nächsten Studentenparlament gewinnen wollte. Dessen Realisierung war jedoch von schweren Auseinandersetzungen über die Zielrichtung begleitet. Selbst innerhalb der Runge-Gruppe war man sich nicht über die potenziellen Bündnispartner einig. Diese Frage war jedoch von zentraler Bedeutung, da man sich selbst eingestand, „dass der RCDS alleine niemals das Steuer an der FU herumreißen kann.“<sup>57</sup> Runge plädierte für eine Kooperation mit den katholischen Verbindungen und dem Corporationsring (CR), bedauerte aber, dass eine Mitte-Links-Koalition mit Verbänden wie dem LSD und dem SHB auf Grund deren Bindung an den SDS nicht möglich sei. Das Bündnis hatte für ihn nur „instrumentalen, taktischen Charakter“ und setzte keine Übereinstimmung der politischen Vorstellungen voraus. Entscheidend sei nur die Übernahme des AStA und die Brechung der „linksrevolutionäre[n] Übermacht“. Hierfür war Runge auch bereit, die Korporationsverbände zu „benutzen“. Die Mehrheit der Runge-Gruppe befürchtete durch die Zusammenarbeit mit den Korporationen jedoch einen Rechtsruck des RCDS. Statt zu einem „Appendix des CR“ zu werden, solle man besser langfristig eine Koalition mit dem SHB anstreben.<sup>58</sup> Letztlich konnte Runge, der für seinen Kurs immerhin die Unterstützung der FU-Professoren Richard Löwenthal und Kurt Sontheimer gewonnen hatte, wenigstens erreichen, dass zumindest solange eine Zusammenarbeit mit den Studentenverbindungen aufrechterhalten werden sollte, wie diese sich uneingeschränkt zu dem vom RCDS ausgearbeiteten Wahlprogramm der Aktion 20. Konvent bekennen würden.<sup>59</sup>

---

<sup>55</sup> Flugblatt des RCDS-FU, Juni 1967, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986. Vgl. auch Martin Foof/Jürgen-Bernd Runge, R-Austritt, in: FU-Spiegel, Nr. 65, Juni/Juli 1968, S. 25.

<sup>56</sup> Martin Kempe, Inventur und Aktion, in: RCDS-Notizen Nr. 4, Juli 1967, S. 3, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986.

<sup>57</sup> Thesen zum Verhältnis des RCDS-FU zu koalitionswilligen Verbänden, insbes. im Rahmen der AKTION, 19.9.1967, APO-Archiv, Sign. 984. Hervorh. im Original.

<sup>58</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 13./14.10.1967, ebenda.

<sup>59</sup> Insbesondere Löwenthal betonte in einem Gespräch mit Runge, dass die Zusammenarbeit mit den Korporationen entscheidend für den Erfolg der Aktion sei. Laut Ennker hat Runge dies gar erst durch das

Der konservative Flügel um Jürgen Klemann und Wighard Härdtl sah zeitgleich in Verhandlungen mit den Korporationen die Möglichkeit, den Vorstand um Runge zu stürzen. Bei einer am 24.10. vom Vorstand initiierten Vertrauensfrage über den Kurs seiner Arbeit gelang dies kurzfristig. Bei den Neuwahlen eine Woche später konnte die Runge-Gruppe jedoch wieder mehr Anhänger mobilisieren und erneut den Vorstand stellen. Der Konflikt war zur Farce geworden – nicht nur, weil der RCDS kurz vor Beginn des Konventswahlkampfes vorübergehend führungslos gewesen war, sondern vor allem auch, weil sowohl die konkurrierenden Fraktionen im RCDS als auch die Korporationen durch Flugblätter die Auseinandersetzung öffentlich austrugen und den Dissens für jedermann ersichtlich machten. Die Wiedereinsetzung des Runge-Vorstandes bewirkte, dass der CR geschlossen aus der Aktion 20. Konvent ausschied und mit den „Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der FU“ (VAFU) ein eigenes Bündnis gründete. Der Corporationsring warf Runge vor, dass er das Bündnis „seiner politischen Führung unterwerfen und die politische Meinung der einzelnen Mitglieder gleichschalten“ wolle.<sup>60</sup> <518>

In diesem Punkt wie auch in einer anderen Frage, einem Bittbrief Runges an den Springer-Verlag um finanzielle Unterstützung für den kommenden Wahlkampf, wurden jene Vorwürfe aufgenommen, die es auch innerhalb des RCDS gegenüber der Runge-Gruppe gab. Beide Kritikpunkte hatten durchaus ihre Berechtigung, schließlich wollte die RCDS-Führung ja tatsächlich ihre Bündnispartner nur für ihre eigenen Zwecke „benutzen“, und auch der Brief an Springer war inkonsequent. In einem noch zuvor veröffentlichten Flugblatt hatte man Springer als „eine potentielle Gefahr für die Demokratie“ bezeichnet und ihm eine „restaurative Politik“ sowie eine „erdrückende Übermacht gegenüber anderen Verlegern“ bescheinigt. Auch wenn man sich von der Parole „Enteignet Springer“ distanzierte, da sie zu sehr auf Springer fokussiert sei und das Wesen der Pressekonzentration vernachlässige, ging das Flugblatt diesbezüglich weit über die Grundlinien des RCDS hinaus.<sup>61</sup> Und diese Radikalisierung zeigt auch erst die eigentliche Ursa-

---

Gespräch mit Löwenthal vertreten. Vgl. dazu: Protokoll der Vorstandssitzung vom 3.9.1967; Protokoll der Vorstandssitzung vom 13./14.10.1967; Brief von Ennker an Runge vom 7.10.1967, APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>60</sup> Flugblatt des Präsidiums der „Aktion 20. Konvent“, Runge das Misstrauen ausgesprochen!, Oktober 1967, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986. Vgl. zu den geschilderten Vorgängen auch: Flugblatt der konservativen Fraktion des RCDS: Misstrauen für Runge, Oktober 1967; Flugblatt der Runge-Gruppe, Notizen vom Tage, Oktober 1967, beide: ebenda.

<sup>61</sup> Flugblatt RCDS an der FU zur Pressekonzentration, Oktober 1967, ebenda. Springers Meinungsmanipulation habe sich ferner in den „antistudentischen Ressentiments in der Bevölkerung“ manifestiert. Auch die geforderte Höhe der Auflagenbeschränkungen war nur für die Publikationen des Springer-Verlags relevant. So ist es verständlich, dass sich Springer unter diesen Vorwürfen der eingeforderten

che des Konflikts auf. Denn bei aller Inkonsequenz des Briefes entstand der Glaubwürdigkeitsverlust Runge und damit auch des RCDS erst durch die Bekanntmachung der Spendenanfrage durch seine internen Kontrahenten. Es war die gesamtpolitische Ausrichtung der Runge-Fraktion, die eine Zusammenarbeit mit konservativen oder rechten Kräften nahezu unmöglich machte.

Schon während der Vorbereitungszeit der Aktion 20. Konvent hatte sich die Runge-Gruppe vom Signum des Konservativismus gelöst und Reformen auf „sozialliberaler Grundlage“ gefordert.<sup>62</sup> Dem CR warf man nach Aufkündigung des Bündnisses nun offen vor, ein „apolitisches und restauratives Gedankengut“ zu vertreten.<sup>63</sup> Der konservative Flügel ging dagegen von einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den Burschenschaften aus – die Schnittstelle der politischen Überzeugungen war auch weitaus größer als jene der Runge-Fraktion. Evident wurden die Differenzen mit Beginn des Wahlkampfes im November 1967. Repräsentanten des RCDS in der Aktion 20. Konvent traten nun offen für einen „linksliberalen Konvent“ ein.<sup>64</sup> Zwar vertrat man weiterhin <519> die vom Bundesverband vorgegebene Parole „Evolution statt Revolution“, faktisch war die Annäherung an den SDS jedoch weiter vorangeschritten. Wie schon beim Thema Springer sichtbar wurde, waren weniger die Inhalte dem RCDS-FU unter Runge Grund zur öffentlichen Distanzierung zum SDS und der Politik des bisherigen AStA, sondern hauptsächlich deren Methodik.<sup>65</sup> Auch die Einrichtung einer Kritischen Universität mit dem Ziel einer „selbstkritische[n] Freie[n] Universität“ begrüßte man durchaus. In der geplanten Form der KU sah man jedoch lediglich „ein politisches Kampfmittel der vom SDS gesteuerten antiparlamentarischen Opposition und nicht [...] eine Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre“.<sup>66</sup>

---

Unterstützung verwehrte. Vgl. auch Brief von Runge an den Axel Springer Verlag, 15.8.1967; Flugblatt des Bund Gesamtdeutscher Studenten, Runge wollte Geld von Springer, Oktober 1967, ebenda.

<sup>62</sup> Thesen zum Verhältnis des RCDS-FU zu koalitionsfähigen Verbänden, 19.9.1967, APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>63</sup> Flugblatt Wird der RCDS von Springer ausgehalten?, Oktober 1967, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU 1965-1986.

<sup>64</sup> So das Vorstandsmitglied Albert Förschler: RCDS-Notizen, Nr. 2 WS 1967/68, ebenda. Noch 1966 hatte dagegen der damalige Vorsitzende des RCDS-FU Schönbohm den RCDS als politischen Studentenverband „der rechten Mitte“ bezeichnet. Schönbohm, Wahlsieger: RCDS, in: FU-Spiegel, Nr. 49, Januar 1966, S. 11. Neben einigen unabhängigen Kandidaten hatten sich letztlich nur der Neudeutschlandhochschulbund und eine Initiative unter dem Kürzel FSG der Aktion 20. Konvent angeschlossen.

<sup>65</sup> Deutlich wurde dies u.a. in der Stellungnahme zur Inhaftierung Fritz Teufels. Einerseits bezeichnete man die lange Untersuchungshaft als „Justizskandal“ und erklärte sich solidarisch mit Teufel, zugleich agitierte man gegen die diesbezüglichen Demos der APO, die nur dem „Umsturz unserer Gesellschaftsordnung“ dienen würden. Flugblatt Nach Moabit marschieren, Dezember 1967, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU 1965-1986.

<sup>66</sup> Mit ihr solle die FU zerstört und eine „totalitäre Rätedemokratie“ vorbereitet werden. Aktion 20. Konvent – Für eine Freie Universität (Hg.), Die progressive Alternative, Berlin 1967, S. 12ff. u. 21.

Bereits Runges Konzeption einer Hochschulreform wurde von seinen linken Kontrahenten als „progressiv“ gewürdigt worden,<sup>67</sup> auch wenn Runge mit der Forderung nach paritätischer Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und der Ablösung von Ordinarienprinzip und Disziplinarrecht noch die Linie des Gesamtverbandes vertrat. In der Beurteilung eines allgemeinpolitischen Mandats der Studentenschaft wich man jedoch wieder von den Vorstellungen des Gesamtverbandes ab. Während der Bundesvorstand ein „ausdrücklich postuliertes Mandat“ als „weder wünschenswert noch notwendig“ bezeichnete,<sup>68</sup> forderte der RCDS-FU eine Urabstimmung zum politischen Mandat mit der Prämisse, dass die Studentenschaft „ein mit Einschränkungen versehenes politisches Mandat“ besäße.<sup>69</sup>

Letztlich wurde die Wahl zum Konvent ein Desaster für die Runge-Fraktion und deren Aktion 20. Konvent. Lediglich drei der insgesamt 76 Abgeordneten des Konvents konnte man stellen, darunter Jürgen-Bernd Runge. Die konservative Fraktion des RCDS, welche mit einer eigenen Liste angetreten war, konnte dagegen sechs Sitze erringen. Die VAFU erreichte gar mit 21 Sitzen die höchste Anzahl aller angetretenen Listen. Insgesamt ergab sich nahezu eine Pattsituation zwischen linken und eher rechten Kräften. Was bei einem gemeinsam organisierten Wahlkampf gegen den amtierenden linken AStA möglich gewesen wäre, zeigte auch die mit der Konventswahl verbundene Urabstimmung über das Organisationsstatut der KU. Fast 45 % der Studenten lehnten das Konzept ab. Von den Auseinandersetzungen um den RCDS profitierten der SDS <520> und seine Verbündeten, die sich gerade noch behaupten konnten. Der Runge-Fraktion war es mit ihrer inhaltlichen Annäherung an die Neue Linke weder gelungen, Wähler aus deren noch aus dem herkömmlichen Spektrum des RCDS zu gewinnen.<sup>70</sup>

Die Wahlniederlage der Aktion 20. Konvent läutete endgültig das Ende der Amtsperiode Runges ein. Am 26. Januar 1968 wurde er per Misstrauensvotum abgewählt, neuer Vorsitzender wurde mit Ulrich Grasser ein Kompromisskandidat der konkurrieren-

---

<sup>67</sup> Hans-Peter Schiff, Fromme Wünsche. Hochschulausschuss der CDU, in: FU-Spiegel, Nr.58/1967, S. 8.

<sup>68</sup> Wulf Schönbohm (Hg.), Politisches Mandat – Recht oder Anmaßung?, Januar 1968, APO-Archiv, Ordner RCDS Zentral 2, 1965-1985.

<sup>69</sup> Demnach habe nicht der AStA, sondern lediglich der Konvent ein politisches Mandat. Jürgen-Bernd Runge, Das politische Mandat der Studentenschaft, APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>70</sup> Zugleich konterkariert dies auch die Bedeutung, die die studentische Neue Linke Runge, dem vermeintlichen „Star der Anti-AStA-Bewegung“, zugemessen hatte. Die Angriffe auf die gesamte Opposition hatte man zunehmend auf ihn personalisiert. Zitat aus: Christel Dietze, „Studenten, Lahmärsche, Karrieremacher!“, in: FU-Spiegel, Nr. 58, Juni 1967, S. 4. Vgl. u. a. auch: FU-Spiegel Nr. 57, Juni 1967, Rückseite des Umschlags. Der SDS errang bei der Wahl 15 Sitze und steigerte sich somit um sechs Abgeordnete, der SHB fiel dagegen von zwölf auf vier. Insgesamt stellten die Höchster Verbände 31 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung lag bei fast 70 Prozent. Vgl. auch: Trau keinem über dreißig. Analyse der Konventswahlen an der Freien Universität, in: Colloquium, Januar 1968, S. 18.

den Fraktionen. Die Runge-Gruppe hielt sich jedoch in der Folge keineswegs zurück. Insbesondere die bevorstehende 18. BDV rückte in den Fokus der Gruppe. Zwar gestand man sich ein, dass der Verband mehrheitlich eine andere Linie verfolge. Langfristig müsse es aber das Ziel sein, „die entscheidende Umkehr des Verbandes zu einem fortschrittlichen, CDU-kritischen und Demokratie-reformerischen politischen Studentenverband“ zu bewirken. Zur Erfüllung dieses Ziels sollte neben der Verhinderung eines starken rechten Bundesvorstands und dem Aufbau eines verbandsweiten linken Netzwerks die geplante neue Verbandszeitschrift in Berliner Hand geraten.<sup>71</sup>

Tatsächlich zeigte die BDV das Vorhandensein vollkommen konträrer Meinungen innerhalb des Rings auf. Insbesondere in der Beurteilung des Vietnamkrieges gingen die Meinungen weit auseinander. Während der Koblenzer Delegierte eine eindeutige Befürwortung des „von den Kommunisten provoziert[en]“ amerikanischen Engagements in Vietnam verlangte und dieses als „notwendiges Übel zur Verhinderung einer weiteren kommunistischen Expansion in Asien“ betrachtete,<sup>72</sup> hatte der Landesverband Rheinland-Pfalz bereits am 30.12.1967 – und damit vor der Tet-Offensive – ohne Wissen des Bundesvorstandes einen offenen Brief an Bundeskanzler Kiesinger veröffentlicht. In diesem hieß es, dass die Amerikaner Vietnam statt Frieden und Freiheit nur „Unterdrückung, Krieg, Not und Elend [...] gebracht“ hätten, weshalb Kiesinger die Einstellung der CDU zur amerikanischen Vietnampolitik überdenken solle.<sup>73</sup> Im Zuge der Tet-Offensive hatte auch die Runge-Gruppe ihre Einstellung zum Vietnamkonflikt geändert. Die Erfolge der nordvietnamesischen FNL belegten ihrer Ansicht nach, dass diese über eine breite Basis in der Bevölkerung verfüge und deshalb die Regierung in Saigon nicht länger als Repräsentant des südvietnamesischen Volkes angesehen werden könne. Dies Einsicht müsse zur Beendigung des amerikanischen Engagements in Vietnam und zur bedingungslosen Aufnahme sofortiger Friedensverhandlungen führen.<sup>74</sup> Da es auf der BDV zu

---

<sup>71</sup> Benno Ennker, Zur Strategie und Taktik bei der BDV, APO-Archiv, Sign. 985. Bei diesem Verbandsorgan handelt es sich um ab Ende 1968 erschienene Zeitschrift *Sonde – Neue Christlich Demokratische Politik*, deren Gründung vor allem auf das Betreiben von Wulf Schönbohm zurückging und die in Kooperation mit dem Bundesvorstand des RCDS herausgegeben wurde. Leitmotiv der reformorientierten Zeitschrift war, dass „eine neue christlich-demokratische Politik als Notwendigkeit“ empfunden werde, in: *Sonde*, Nr. 1, Oktober 1968, S. 4. Vgl. auch Weberling, RCDS, S. 138f.

<sup>72</sup> 5. Antrag zur 18. ord. BDV des RCDS, APO-Archiv, Sign. 985.

<sup>73</sup> RCDS-Landesverband Rheinland-Pfalz, Offener Brief an Bundeskanzler Kiesinger, 30.12.1967, in: RCDS-Brief, Nr. 6, Januar/Februar 1968, S. 17f., APO-Archiv, Sign. 982.

<sup>74</sup> Entwurf Presseerklärung des Politischen Beirats des RCDS-FU zu Vietnam, 4.2.1968, APO-Archiv, Sign. 984. Noch im Juni 1967 hatte man einen Antrag des FU-ASStA zum Vietnamkrieg abgelehnt, da die darin enthaltene Behauptung, die FNL sei die glaubwürdigste Vertretung der Interessen Vietnams, „eine zynische Missachtung der wahren Interessen des vietnamesischen Volkes“ darstelle. Flugblatt Zum Vietnam-Beschluss, Juni 1967, APO-Archiv, Ordner Zentrale Interna, 1965-1968.

keinem grundsätzlichen Beschluss in der Sache kam, gaben 20 Teilnehmer aus 14 verschiedenen Hochschulen eine eigene Presseerklärung ab, die weitestgehend der Stellungnahme der Runge-Gruppe entsprach. Wieder war ein Konflikt innerhalb des RCDS öffentlich geworden.<sup>75</sup>

Die Runge-Gruppe bewertete die BDV als „Rechtsruck“ des Hochschulringes, auch weil die von ihr forcierte Forderung nach Anerkennung der DDR von den Delegierten abgelehnt worden war.<sup>76</sup> Allerdings war es dem linksliberalen Flügel schon zuvor in Berlin gelungen, auf einer Mitgliederversammlung die Mehrheit zu stellen und dadurch einen Beschluss zu fassen, der die Hallsteindoktrin für obsolet erklärte und „die DDR als einen der BRD gleichberechtigten deutschen Gliedstaat“ bezeichnete.<sup>77</sup> Parallel begann innerhalb der Gruppe eine Diskussion darüber, ob und wie man innerhalb des RCDS weiterarbeiten könne. Runges Plädoyer für eine neue zu gründende Hochschulgruppe wurde zunächst mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen wollte man im RCDS bleiben und diesem langfristig „eine sozial-liberale Konzeption ‚aufpfropfen‘.“<sup>78</sup> Insbesondere in der Nähe des RCDS zu CDU und Junger Union sah man aber die Gefahr, dass der Verband durch deren Einflussnahme und Mitgliedersteuerung immer im rechten Spektrum verortet bleiben würde. Hatte man sich noch im Spätsommer 1967 „als ein der CDU nahestehender Studentenverband“ bezeichnet, so war von diesem Selbstverständnis im <522> Frühjahr 1968 nichts mehr übrig geblieben.<sup>79</sup> Vorausgegangen war eine Einschränkung der Unterstützung seitens der CDU infolge zunehmender Kritik an der Partei.<sup>80</sup>

Doch nicht nur von der Runge-Gruppe kam Kritik an der CDU. In einem den Einladungen zur nächsten Mitgliederversammlung beigelegten Diskussionspapier des LV Berlin hieß es: „Die CDU hat in der Abgeordnetenhausdebatte nach den Ostertagen be-

---

<sup>75</sup> Presseerklärung zum Vietnamkonflikt, März 1968, APO-Archiv, Sign. 985. Auch in anderen Punkten bestand keine Einigkeit. So wollte sich der RCDS-Koblenz für ein Verbot des SDS als Verursacher der Unruhen einsetzen. Im Beschluss der BDV hieß es dagegen, dass die gesellschaftlichen Unruhen nicht auf einen kleinen Kreis von Studenten zurückzuführen seien, sondern vielmehr „in der Diskrepanz zwischen dem an Schulen und anderen Bildungsstätten formulieren theoretischen Demokratiemodell und dem Bild, das die in der Praxis ausgeformte Demokratie bietet“, begründet sei. Vgl. 6. Beschluss sowie 6. Antrag der 18. ord. BDV des RCDS, ebenda.

<sup>76</sup> Runge, Was tun?, April 1968, APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>77</sup> Beschluss des RCDS-FU, 6.2.1968, ebenda. Nach langer Auseinandersetzung mit dem neuen Vorstand gelang es der Runge-Gruppe schließlich auch, diesen Beschluss als Flugblatt zu veröffentlichen.

<sup>78</sup> Othmar Haberl, Antworten auf Bennos Fragen, April 1968, APO-Archiv, Sign. 984.

<sup>79</sup> Brief des RCDS-FU an den Landesvorstand der CDU, 4.9.1967, ebenda.

<sup>80</sup> Z. B. hatten Mitglieder der Runge-Fraktion dem geschäftsführenden Landesvorsitzenden Karl-Heinz Schmitz in einem Leserbrief in der *Zeit* Züge „undemokratischen Verhaltens“ vorgeworfen. Hintergrund war eine Äußerung Schmitz' zu Vorfällen während einer amerikanischen Truppenparade in Berlin-Rudow. Auf dieser waren studentische Demonstranten von Teilen der Berliner Bevölkerung geschlagen worden. Schmitz nannte dieses Verhalten „bewunderungswürdig“. Kempe/Haberl, Leserbrief zum Offenen Brief von Karl-Heinz Schmitz, August 1967, ebenda.

wiesen, dass ihr einziges politisches Ziel die Bekämpfung der Unruhe (die wir zum Teil als schöpferisch betrachten) und ihre einzige Forderung der Polizeiknüppel ist. In diesem Sinne ist die Haltung der CDU größten Teils obrigkeitsstaatlich.“<sup>81</sup> Solche Rundbriefe wurden aus organisatorischen und ökonomischen Gründen von der CDU versandt – die die Briefaktion aufgrund ihres Inhalts verweigerte. Der RCDS brachte daraufhin das Diskussionspapier als Flugblatt heraus und machte so erneut einen internen Konflikt öffentlich.

Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze endete auch die Zeit der Linksliberalen im RCDS. Am 13. Mai 1968 hatte das ehemalige Vorstandsmitglied Benno Ennker in Flugblättern die vom linken AStA initiierten Vorlesungsstreiks zur Verhinderung der Notstandsgesetze begrüßt und den RCDS für seine Haltung zu diesem Thema harsch kritisiert.<sup>82</sup> Bereits zuvor hatte die Runge-Gruppe ohne Legitimation ein Flugblatt im Namen des RCDS gedruckt, in dem man diesen als „linksliberal“, „antiautoritär“ und „kompromittiert durch seine satzungsgemäße Bindung an die CDU“ bezeichnete.<sup>83</sup> Infolgedessen sollten Ausschlussverfahren gegen Runge und Ennker wegen illoyalen Verhaltens eingeleitet werden. Beide kamen dem zu erwartenden Ausschluss zuvor und traten wie zwölf weitere Mitglieder der FU-Gruppe am 15. Mai 1968 aus dem RCDS aus. Die letzte öffentliche Abrechnung mit dem RCDS hätte auch die Linke kaum deutlicher formuliert können: „Wir brauchen eine linksliberale Politik und deshalb empfehlen wir allen Studenten, den RCDS <523> rechts liegen zu lassen, denn dort fühlt er sich am wohlsten.“<sup>84</sup> Die Studenten um den SHB und SDS nahmen diese Äußerungen zwar wohlwollend auf. Solange sich die Gruppe um Runge jedoch weiter von ihnen abgrenzte und „nur eklektizistisch radikale Forderungen aufklaubt“, sah man sie als „ein illegitimes Kind der Berliner Studentenbewegung.“<sup>85</sup> Spätestens jetzt musste auch jenseits des linken Lagers

---

<sup>81</sup> Flugblatt So versteht die CDU-Berlin innerparteiliche Demokratie, Mai 1968, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986. Weiter hieß es, dass der RCDS sich weigert, „verlängerter Arm der CDU an der Universität zu sein. Er betrachtet sich als der verlängerte Arm der Studentenschaft in der CDU.“ Generell verurteilte man sowohl die gewalttätigen Demonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke als auch die Reaktionen von Politik und Öffentlichkeit.

<sup>82</sup> Flugblatt RCDS – Alternative?? Alternative!! Aber keine progressive Alternative, 13.5.1968, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU, 1965-1986. Bundes- wie Landesverband des RCDS hielten weiter an dem skizzierten Kurs fest und begrüßten die Verabschiedung der Notstandsgesetze.

<sup>83</sup> Flugblatt Über unsere Schwächen, 24.4.1968, ebenda.

<sup>84</sup> Foof/Runge, R-Austritt, in: FU-Spiegel, Nr. 65, Juni/Juli 1968, S. 25. Weiter hieß es, die liberale Umstrukturierung des RCDS sei wegen des „lethargischen und formaldemokratisch-konservativen Selbstverständnis[ses]“ des RCDS gescheitert, der gesamte Ring würde „in Agonie dahin[siechen]“. Das eigene Ziel sei es dagegen, die Gesellschaft zu einer „fundamentaldemokratischen“ zu verändern.

<sup>85</sup> Kommentar im FU-Spiegel zum Artikel R-Austritt, in: ebenda. Schon zuvor hatten Repräsentanten des linken Spektrums dem RCDS-FU eine „Sowohl-als-auch-Haltung“ attestiert und ihn dafür kritisiert, nur

der Eindruck vom Zustand des RCDS verheerend gewesen sein. Eine Alternative zum linken AStA konnte er kaum bieten, und auch die von Runge betriebene Gründung der „Linksliberalen Hochschulgruppe“ (LL) blieb weitgehend erfolglos.

Achtzehn Jahre später, 1986, erklärte Runge auf einer Veranstaltung, dass die 68er ihm ein neues Bewusstsein gegeben hätten und er rückblickend in der Bewertung zwischen „ihr“ und „wir“ schwanke. Sein Weg nach links ging nach dem Austritt 1968 weiter. 1969 warb ihn das Ministerium für Staatssicherheit an, auf dessen Betreiben er 1975 Mitarbeiter des FDP-Bundestagsabgeordneten William Borm wurde. In den 1980er-Jahren wurde er Pressesprecher der DKP-nahen „Friedensliste“. Aber bereits 1968 hatte die Stasi über mindestens eine Quelle im RCDS der FU verfügt: Im Bestand der BStU befinden sich mehrere Berichte über den Verlauf interner Sitzungen.<sup>86</sup>

### **Schlussbetrachtung**

Der RCDS ist während der 68er-Jahre keineswegs „von Auseinandersetzungen inhaltlich unterschiedlich ausgerichteter Flügel [...] verschont“ geblieben.<sup>87</sup> Die vor allem vom Bundesvorsitzenden Wulf Schönbohm personifizierte Hauptlinie des RCDS sah durchaus die Notwendigkeit struktureller Reformen im Hochschulwesen und in der Gesellschaft. Unter dem Schlagwort „Evolution statt Revolution“ praktizierte man eine klare Abgrenzung gegenüber dem SDS und seinen Sympathisanten, ohne die oft überzogenen Reaktionen von Presse und Politik gegenüber <524> dem studentischen Part der APO zu befürworten. Die Frontstellung gegenüber dem SDS wurde mehrmals aufgebrochen und erreichte nie das Ausmaß der Abgrenzung durch CDU oder SPD. Partiiell konnte dies, wie nach dem 2. Juni geschehen, auch eine Solidarisierung zwischen den politischen Lagern der Studentenschaft bedeuten. Generell betrachtete man die antiautoritäre Bewegung jedoch allein durch deren radikal-revolutionäre Agitation und provokativen Aktio-nismus als diskreditiert. Ausgerechnet im Zentrum der Bewegung, der FU Berlin, formierte sich während der 68er Jahre keine konservative Gegenbewegung des RCDS, sondern eine sich als linksliberal verstehende Strömung, die im Zuge der Radikalisierung der Studentenschaft elementare Standpunkte des RCDS verwarf. Auch wenn die Runge-

---

dann auf der Seite der linken Verbände zu stehen, wenn „formaldemokratisches Engagement ausreichte“. Häussermann/Kadritzke/Nevermann (Hg.), *Rebellen*, S. 54f.

<sup>86</sup> Vgl. MfS HA XX ZMA Nr. 456, S. 140f. u. 157f. Vgl. Helmut Schauer (Hg.), *Prima Klima. Wider den Zeitgeist. Erste gnadenlose Generaldebatte zur endgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen*. 21. – 23. Nov. 1986 in Frankfurt am Main. Protokolle, Hamburg 1987. Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 67.

<sup>87</sup> Weberling, *RCDS*, S. 331.

Fraktion noch im Dezember 1967 die Überzeugung vertrat, sich selbst „nie als Teil der außerparlamentarischen Opposition betrachtet“ zu haben,<sup>88</sup> unterschied sie sich weniger inhaltlich als in der Methodik von den Studenten um den SDS. Die FU-Gruppe stellte jedoch keineswegs die einzige linke Abweichung im RCDS dar, wie die Auseinandersetzungen auf der Bundesdelegiertenversammlung 1968 zeigten. Auch der konservative Flügel schaffte es zumindest an der FU nicht, eine Alternative zur linken Bewegung zu bieten. Dabei zeigten die Urabstimmungen und Wahlergebnisse, dass die Voraussetzungen bei einem konzentrierten Vorgehen durchaus günstig für einen Wahlsieg gewesen wären.<sup>89</sup> Verantwortlich für die internen Differenzen war teilweise auch die Union. Zu keinem Zeitpunkt hat sie den RCDS offensiv unterstützt, und bei aufkommender Kritik entzog sie ihre Unterstützung und düpierte so auch den konservativen Flügel. Noch im Juli 1968 fragte der neue Berliner RCDS-Vorsitzende Hacke anklagend: „Wo war die CDU in den letzten Monaten konkret an der Universität, um uns den Rücken zu stärken?“<sup>90</sup> Und in Bayern organisierte der dortige Landesverband 1968/69 eine regelrechte Kampagne gegen den *Bayernkurier* <525> der CSU. Die Zeitung sei förmlich ein „Organ der Verdummung und Parteidisziplinierung von oben“ und wurde in eine Reihe mit dem *Völkischen Beobachter* gestellt.<sup>91</sup>

Erst als Reaktion auf die zunehmende Radikalisierung der Studentenschaft entwickelte der RCDS ein eigenes gesamtgesellschaftliches Konzept und setzte politische Arbeitskreise jenseits der Hochschulpolitik ein. War schon die Öffnung zu allgemeinpolitischen Themen eine Folge der 68er-Jahre, so entstand hieraus Anfang der 70er-Jahre ein umfassendes Grundsatzprogramm des RCDS. Letztlich erschwerte die weitgehende Unabhängigkeit der einzelnen Hochschulgruppen ein gemeinsames Vorgehen des Verbandes. Hier müssten weitere Forschungen ansetzen, um zu untersuchen, wie RCDS-

---

<sup>88</sup> Flugblatt Nach Moabit marschieren, Dezember 1967, APO-Archiv, Ordner Berlin Hochschulen FU 1965-1986. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke änderte sich diese Haltung. In einem Papier des vom Runge-Flügel dominierten Politischen Beirats heißt es: „Der RCDS unterstützt die Protestbewegung innerhalb der BRD und stimmt mit vielen ihrer Forderungen überein.“ Zudem solle man „die massiven Protestaktionen gegen Springer dem Inhalt nach begrüßen und weitere Aktionen unterstützen oder selbst organisieren.“ Über die Berichterstattung der Springer-Presse vernahm man nun gar, dass diese „mit der faschistischen Judenhetze vergleichbar ist.“ Thesen zur Situation nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, 27.4.1968, MfS HA XX ZMA Nr. 456, S. 148-150.

<sup>89</sup> U. a. in Köln und München gelang es dagegen jeweils einer konservativen Mehrheit, den AstA im WS 1967/68 zu stellen. Der RCDS spielte dabei jedoch keine wesentliche Rolle. Vgl.: Bartz, Konservative Studenten; Stefan Hemler, Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in: Venanz Schubert (Hg.), 1968. Dreißig Jahre danach, St. Ottilien 1999, S. 229.

<sup>90</sup> Zit. nach: Otto Jörg Weis, Streit zwischen CDU und RCDS. Immer Ärger mit den Jungen, in: Stuttgarter Zeitung vom 5.7.1968, S. 7. Weil der RCDS die DDR nicht länger in Anführungszeichen setzte, hatte die Berliner CDU zwischenzeitlich auch ihren monatlichen Zuschuss von 200 DM gestrichen.

<sup>91</sup> Zit. nach: Presse. Bayernkurier. Dummlich verschleiert, in: Der Spiegel, Nr. 6/1969, S. 66f.

Gruppen an anderen Hochschulen agierten. Ein Gebot, das jedoch auch auf andere Hochschulverbände zutrifft – seien sie konservativer oder auch linker Gesinnung. Von den Verklärungen damaliger Aktivisten abgesehen fehlen z. B. noch immer detaillierte Studien zu den verschiedenen Strömungen im SDS, so etwa zu den Traditionalisten der Marburger Gruppe. Dabei kann erst die detaillierte Aufschlüsselung die Komplexität von „1968“ aufzeigen und den immer wieder zitierten Mythos entschlüsseln. Den Ergebnissen dieser Studie nach war der Wille zu Veränderungen während der 68er-Jahre weit mehr dem Zeitgeist der Jugend als nur dem revolutionären Impetus des SDS und seiner Gefolgsleute geschuldet. Die radikale Agitation der linken Studenten war *eine*, und sicherlich die wirkungsmächtigste Variante dieses Zeitgeistes, sie schuf ihn aber nicht erst. Diese Folgerung bedeutet keine einseitige historische Herabwürdigung der 68er-Bewegung; sie spricht aber ihre damaligen Protagonisten von dem Vorwurf frei, für jegliche Veränderung in den Jahren nach 1968 verantwortlich zu sein.<526>